

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 3

Artikel: Flüchtlinge als Druckmittel türkischer Sicherheitspolitik

Autor: Goertz, Stefan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-981374>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Flüchtlinge als Druckmittel türkischer Sicherheitspolitik

Schon seit Jahren setzt die Türkei immer wieder Flüchtlinge als Druckmittel gegenüber der EU ein. Und gleichzeitig brüskiert das NATO-Mitglied Allianzpartner mit seiner Sicherheitspolitik.

Stefan Goertz

Die Türkei spielt seit Jahren aussen- und sicherheitspolitisch in Bezug auf ihre Flüchtlingspolitik eine wichtige Rolle mit grossen Auswirkungen auf die EU. Dies verdeutlicht die aktuelle Flüchtlingslage Belarus-Polen, bei der die Türkei eine Rolle spielt, die einzige Zeit politisch und medial wenig kommentiert wurde.

Istanbul als Drehscheibe

Alleine im Oktober 2021 kamen mehr als 5000 Flüchtlinge, vor allem aus dem Nahen Osten, über Belarus bis nach Deutschland. Recherchen von Report München zeigten:

Die Route ist gut organisiert und führt über die Türkei. Direktverbindungen aus dem Irak nach Belarus gibt es keine mehr, auf Druck der EU hat die irakische Regierung sie eingestellt. Seither lief der Weg über das Nachbarland Türkei. So galt der Flughafen in Istanbul bis Anfang November 2021 als das wichtigste internationale Drehkreuz für die Migration aus dem Irak, über die Türkei nach Belarus und in die EU. Von Istanbul aus starteten teilweise vier Direktflüge täglich nach Minsk.

Die EU stellte in den Raum, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Flüchtlinge als «politisches Druckmittel instrumentalisiere». Wenn Erdogan versuche, «die EU nun mittels zahlreicher Migranten-Flüge nach Belarus zu erpressen», brauche es dafür eine unmissverständliche Antwort», so die Ansage des Fraktionschefs der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber Mitte November 2021.

Bekannte Strategie

Geschichte wiederholt sich: Das Misstrauen der EU gegenüber der türkischen Regierung röhrt daher, dass die Türkei bereits im März 2020 die gleiche aussenpolitische Strategie

verfolgt hat. Nachdem der türkische Präsident verkündet hatte, dass er die «Tore öffnen werde», machten sich tausende Flüchtlinge auf den Weg zur Grenze nach Griechenland. Es kam zu Ausschreitungen mit der griechischen Grenzpolizei, die Tränengas und Wasserwerfer einsetzte.

Der türkische Präsident hatte versucht, den Druck auf Brüssel zu erhöhen, um die EU-Staaten zur Zahlung versprochener, aber angeblich ausgebliebener Gelder aus dem sogenannten Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu bewegen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten zuletzt Interesse daran gezeigt, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei neu aufzulegen, Zahlungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro bis 2024 könnten dann in die Türkei fliessen.

Hoffen auf Abkommen

Nach Angaben des Redaktionsnetzwerkes Deutschland übte die EU bis Mitte November so viel Druck auf die Türkei aus, dass Menschen mit syrischen, irakischen und jemenitischen Pässen bis auf weiteres keine Flugtickets mehr kaufen und nicht mehr nach Belarus fliegen dürfen. Nach Angaben eines EU-Beamten sollen auch keine One-

DEPARTURES



Istanbul Airport. Bilder: Wikimedia Commons

Way-Tickets mehr für Flüge aus der Türkei nach Minsk verkauft werden. Die jetzt getroffenen Massnahmen seien von den türkischen Behörden mit einem Team von EU-Ratspräsident Charles Michel vereinbart worden, erklärte die EU.

Mitte Oktober 2021, hatte sich die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan für eine Fortführung des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei ausgesprochen. Es sei wichtig, dass die EU die Türkei weiterhin «bei der Bekämpfung der illegalen Mi-

gration» unterstütze. Merkel betonte, dass die Unterstützung der Türkei in der Flüchtlingsfrage «über das bereits Beschlossene hinaus» gewährleistet sein müsse.

Erdogan wiederum sagte, die Türkei sei «Gastgeber» für Flüchtlinge, «und das wird auch so bleiben». «Die Türkei leistet Aussergewöhnliches im Blick auf syrische Flüchtlinge», sagte Merkel, die mehrfach das Bemühen um gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei betonte.

Krise wegen angedrohter Botschafter-Ausweisung

Am 23. Oktober 2021 sprachen Politiker der deutschen Parteien CDU, FDP sowie der Grünen von einer «aussenpolitischen Eskalation durch die Türkei» und bewerteten die türkische Aussenpolitik in Bezug auf das Ausweisen von zehn Botschaftern – darunter die Botschafter Deutschlands, der USA und vieler anderer NATO-Partner – als «komplett indiskutabel», als Schwächung des Bündnisses und als «unglaubliche aussenpolitische Eskalation». Der türkische Präsident Erdogan führte «sein Land damit weiter in die umfassende Abwendung von Europa und dem Westen».

Als Hintergrund: Die zehn Botschafter von EU- und NATO-Staaten hatten die Freilassung des Aktivisten und Kulturförderers Osman Kavala gefordert. Kavala und mehr als 50 weiteren Angeklagten wird in einem Prozess ein Umsturzversuch im Zusammenhang mit den regierungskritischen Gezi-Protesten in Istanbul 2013 vorgeworfen. Kavala wird zudem der «politischen und mi-

litärischen Spionage» im Zusammenhang mit dem Putschversuch von 2016 beschuldigt.

Triumph in Ankara

Zwei Tage später nahm der türkische Präsident Abstand von dieser angedrohten Ausweisung der Botschafter. Diese hätten «einen Rückzieher gemacht» und «werden in Zukunft vorsichtiger sein», sagte Erdogan. Die Botschaften der USA, Kanadas, Neuseelands und der Niederlande in Ankara hatten auf Twitter eine Erklärung veröffentlicht, sich weiter an Artikel 41 des Wiener Übereinkommens zu halten.

Der Artikel weist Diplomaten unter anderem an, sich nicht in innere Angelegenheiten des Empfangsstaats einzumischen. Die türkische staatliche Nachrichtenagentur Anadolu feierte die internationale Zurückhaltung als Erfolg: «Die US-Botschaft in Ankara hat nachgegeben», schrieb sie als Reaktion auf die Erklärung der Botschafter, sich nicht in innertürkische Angelegenheiten einzumischen.

Ein Sprecher des EU-Aussenbeauftragten Josep Borrell hatte nach Erdogans Ankündigung, zehn Botschafter zu unerwünschten Personen zu erklären, festgestellt, man verfolge die Entwicklungen sehr genau und stufe die Situation als sehr ernst ein. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, bis Ergebnisse der Kontakte zwischen der Türkei und den jeweiligen Ländern bekannt würden, sei es zu früh, darüber zu sprechen.

Empörung bei NATO-Staaten

Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Türkei sorgt bei zahlreichen Politikern von EU- und NATO-Mitgliedsstaaten immer wieder für «Erstaunen» beziehungsweise «Empörung». Da die türkische Regierung als realpolitischer Kenner der EU bewertet werden kann, ist davon auszugehen, dass solche Formen von Aussen- und Sicherheitspolitik auch mittelfristig immer wieder von der Türkei angewendet werden. ■



▲ Der türkische Präsident Recep Erdogan.



► Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell.



Oberstlt d.R. Stefan Goertz

Prof. Dr.
Prof. für Sicherheitspolitik Bundespolizei
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck